

China und Indien zunehmend genervt von Putins Feldzug

Der Krieg Putins gegen das Nachbarland Ukraine war von Anfang an eine schlechte Idee. Die völlige Fehleinschätzung der Kampfkraft der ukrainischen Streitkräfte – jahrelang ausgebildet und vorbereitet auf den Ernstfall von amerikanischen und britischen Beratern – und dem Willen der Ukrainer, ihr Land, ihr Leben und die nationale Souveränität zu verteidigen, ließ bereits nach wenigen Wochen ahnen, dass dieser Krieg für Russland zu einem Desaster werden könnte.

In den vergangenen zwei Wochen hat die Ukraine Tausende Quadratkilometer der zwischenzeitlich von Russland besetzten Gebiete im Osten des Landes befreit.

Die EU bereitet gerade nach der russischen Teilmobilisierung ein fünftes umfassendes Paket weiterer harter Sanktionen vor.

Wenn das Ölembargo der EU im kommenden Jahr vollständig in Kraft tritt, werden China und Indien die einzigen Notanker für Russlands massiv angeschlagene Wirtschaft sein. Für den Westen wird Russland nämlich auf viele Jahre als Handelspartner komplett ausfallen.

Und genau da eröffnet sich gerade eine weitere Front für Putin.

Insbesondere aus China kommen immer kritischere Töne über Russlands Feldzug. Peking ist erkennbar genervt über die Beratungsresistenz in Moskau, wie man jüngst beim Treffen der Staatschefs der sogenannten „Shanghai Organisation für Zusammenarbeit“ – eine Art gegen-G7 – in Usbekistan beobachten konnte. Nun forderte gestern ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums einen schnellen Waffenstillstand in der Ukraine und eine Lösung, die den *„legitimen Sicherheitsbedenken aller Parteien“* Rechnung trägt. Und genau das will Putin gerade nicht. Er will Landnahme, „russische Erde einsammeln“.

Auch der indische Ministerpräsident hat Putin inzwischen öffentlich wissen lassen, dass er den Krieg gegen die Ukraine für einen Fehler hält.

Die Hoffnung der Unterstützer Putins, man werde mit China und Indien schon adäquat die Sanktionen des Westens auffangen, dürfte sich als Luftblase erweisen. Derweil kann die Ukraine auf die starke und feste Unterstützung Amerikas und Europas weiter bauen.

Wer bezahlt eigentlich die „Klimarettung“?

Unsereins fragt sich ja immer mal, was das für Leute sind, die von uns Deutschen als politisches Spitzenpersonal gewählt werden. Und warum es gerade diese Leute ganz nach oben schaffeln.

Heute Morgen lese ich ein Interview mit der früheren Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) beim Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). Sie habe gar nicht so effektiv wirken können in ihrer Amtszeit, beklagt sie und weiter: «In meiner Zeit als Bundesministerin habe ich immer wieder gemerkt, dass die natürlichen Gegner der Umweltministerin der Landwirtschaftsminister, der Verkehrsminister und der Wirtschaftsminister sind.»

Hendricks, im Kabinett Merkel von Ende 2013 bis Mitte März 2018 „Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit“ bestätigt den alten Spruch, nach dem Sozialdemokraten nicht mit Geld umgehen können. Was meint die Frau, woher all das Geld kommt, das in die vermeintliche Klimarettung gesteckt wird? Oder in Gender-Lehrstühle und dritte Klos, für die, die sich nicht entscheiden können, was sie gerade sind.

Dieses ganze Land geht den Bach runter, wenn unsere Wirtschaft nicht mehr funktioniert. Ein Wunder, dass das überhaupt - jedenfalls bis jetzt - immer noch irgendwie klappt.

Aber es sind die Schlüsselindustrien wie Auto- und Maschinenbau, es ist der Mittelstand, es sind die fleißigen Handwerker und Bauern, die mit harter Arbeit all das finanzieren, was sich die linkswoken Ideologen ausdenken. Die Unternehmen melken, ihre Nöte vernachlässigen, und dann das erwirtschaftete Geld verballern. Darauf können echt nur Sozis kommen...und Grüne natürlich.

Bitte helfen Sie uns zu überleben: PayPal @KelleKlaus oder Überweisung: DE18 1005 0000 6015 8528 18.

GASTSPIEL ULRIKE TREBESIUS: Bonjour Tristesse - Wer schaltet die AKWs wieder an, baut Straßen und bildet Informatiker aus?

Unser Land liegt in Scherben. Die Verursacherin des Scherbenhaufens ist auf Abschiedstournee. Ihre Unterstützer diskutieren, wer ihr nachfolgen soll. Die uns zukünftig Regierenden sind in ihrer Blase verschwunden und sprechen über die Legalisierung von Cannabis.

Derweil bauen sich nicht nur konkrete, sondern auch bedrohliche Szenarien auf, für die augenblicklich niemand verantwortlich zu sein scheint. Die Menschen dieses Landes müssen sich aktuell mit den konkreten Auswirkungen der politischen Fehlentscheidungen der letzten Jahre auseinandersetzen. Die

steigenden Energie-, Gas- und Benzinpreise sind dabei ebenso das Ergebnis einer verfehlten grünen Politik mit einer sozialdemokratischen Kanzlerin als ausführende Kraft, wie die zu erwartenden Entlassungen bei VW, die wachsende Inflation, die neuen Flüchtlingsströme diesmal an der Grenze zwischen Belarus und Polen – nicht weit entfernt von uns. Hinzu kommt der schlechte Stand unserer Digitalisierung, der Mangel an Fachkräften insbesondere an gut ausgebildeten Technikern und Ingenieuren und weniger an Sozialarbeitern oder „irgendwas mit Medien“-Spezialisten. Wir leben mit einer schlechten Infrastruktur, einer gescheiterten Bildungspolitik, deren Ergebnisse jetzt in den Universitäten sitzen. Hinzu kommt eine Corona – Politik, die im Scheitern verharret.

Das alles wird einer neuen Regierung auf die Füße fallen, die direkt und indirekt für diese Fehlentwicklungen der letzten Jahre mit verantwortlich ist. Es trifft eine Bevölkerung, die der veröffentlichten Meinung gefolgt ist und sich gut darin eingerichtet hat, andere für sich denken zu lassen. Es betrifft die Rentner, die ARD und ZDF die Treue halten und die nun darüber belehrt werden, dass sie sich zukünftig Einkaufszettel machen sollen, um mit einer der geringsten Renten in der gesamten EU zukünftig über den Monat zu kommen. Pendler werden in den Medien und von den Politikern darüber belehrt, dass der Benzinpreis noch gar nicht hoch genug sei, um das Klima zu retten. Verbraucherschützer warnen die Bevölkerung, sich auf steigende Heizkostenpreise im Winter einzustellen. Leute, kauft Kämme: es kommen lausige Zeiten.

Es gab Menschen, die in den vergangenen Jahren vor all diesen Entwicklungen gewarnt haben: ob vor der verfehlten Energiewende; vor der Euro-Rettungspolitik, die sich in einer verfehlten EZB- Politik niederschlägt; ob vor eine verfehlten Einwanderungspolitik; einem Mangel an Investitionen in Infrastruktur und Bildung: die Liste lässt sich beliebig lang fortsetzen. Man nannte diese Menschen, die von diesen Entwicklungen gewarnt haben, Populisten. Man nannte sie ewig gestrig und Nazi. Man nannte sie alte weiße Männer, rückwärtsgewandt, sexistisch, homophob, islamophob usw.

Es bleibt abzuwarten, ob die zukünftige Regierung in der Lage sein wird, nicht nur die Ursachen der Probleme zu erkennen, sondern diese auch zu beseitigen. Deutschland ist im Moment ein Scherbenhaufen. Ein gut funktionierendes und wirtschaftlich erfolgreiches Land wurde zerschlagen und beschädigt von Menschen, die die Konsequenzen der Entscheidung nicht zu tragen haben. Es wird uns Kraft und Mut Kosten, daraus wieder ein lebenswertes Land zu machen. Und es werden die in der Vergangenheit Beschimpften sein, die die Atomkraftwerke wieder anschalten, die die Straßen und Brücken sanieren und die Informatiker ausbilden. Sie mögen nicht woke und divers sein, aber sie verfügen über wichtige andere Tugenden: Kompetenz, Weitblick, Erfahrung, Fleiss und Ausdauer. Sie werden dafür sorgen, dass der Laden wieder läuft. Irgendwann...

Bildungsarbeit für junge Leute, Netzwerktreffen bundesweit, reichweitenstarke Medien - es wäre so viel möglich, wenn mehr Geld zur Verfügung stünde. Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit über PAYPAL hier oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18 !

In zwei Tagen startet der nächste harte Lockdown - werden wir das überstehen?

Am Mittwoch kommt der harte Lockdown. Auch von einer dritten Welle ist inzwischen in Regierungskreisen die Rede.

Man kann es nicht mehr mit einer Handbewegung abtun, was gerade in Deutschland und anderswo auf der Welt geschieht. Die Zahl der Neuinfektionen explodiert ebenso wie die Zahl der täglichen Todesopfer, also derjenigen, die an oder mit Corona sterben. Zur Wahrheit gehören aber auch ein paar Fakten, die nicht neu sind, aber dennoch in Erinnerung gerufen werden sollten.

Die große Mehrheit der Todesfälle betrifft Menschen über 70 Jahre. Das macht es nicht besser, aber das erinnert uns an die drängende Frage: Warum machen es nicht alle verantwortlichen Politiker so wie der grüne Oberbürgermeister Boris Palmer in Tübingen? Dort hat man sich schon im Frühjahr darauf konzentriert, die Hochrisiko-Gruppe besonders zu schützen - und das offenbar mit beachtlichem Erfolg.

Wie aussagekräftig ist die Zahl der Neuinfektionen? Auch heute gilt, dass die große Mehrheit der Infizierten nur leichte oder gar keine Symptome verspüren. Warum orientieren sich Bundesregierung und Landesregierungen an diesem Parameter und nicht an der Sterblichkeit - siehe auch 1)?

Wie können die Anordnungen überhaupt durchgesetzt werden? Kaum, nachdem Hausbesuche der Ordnungsbehörden unisono und zu recht ausgeschlossen wurden. Aber es ist unübersehbar, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ohne Murren mitmacht, weil alle das Gefühl haben, dass es wirklich ernst ist jetzt. Jedenfalls habe ich seit Wochen niemanden mehr gehört, der ernsthaft behauptet, bei Covid-19 handele es sich um eine normale Grippe.

Was ist in unseren Krankenhäusern los? Ich habe in den vergangenen Tagen mehrfach mit Menschen geredet, die in Pflegeberufen arbeiten. Ausnahmslos alle erzählen mir, dass die Auslastung der Intensivbetten und die personelle Ausstattung dort, wo sie arbeiten, am Limit ist. Und wenn nur noch drei Beatmungsgeräte zur Verfügung stehen, aber fünf Covid-Patienten mit Atembeschwerden eingeliefert werden, wer entscheidet dann, wer beatmet wird? Wer entscheidet im schlimmsten Fall, wen man dem sicheren Tod ausliefert?

Ist es angemessen, die Geschäfte zu schließen? Die zwei Wochen vor dem Weihnachtsfest sind seit Jahrzehnten entscheidende Tage für die drei Millionen Beschäftigten im deutschen Einzelhandel. Jetzt einen harten Lockdown durchzusetzen, wird für viele das Aus sein, der Todesstoß. Es sei denn, der Staat hilt jetzt schnell und unbürokratisch, damit die Einzelhändler - jeder Einzelhändler - und ihre Mitarbeiter überleben können. Viele Erfahrungen in den vergangenen Wochen waren ernüchternd für Einzelhändler und Gastronomen. Wenn jetzt nicht schnell Hilfe kommt, steuert unsere Gesellschaft in die Katastrophe.

Und der Impfstoff? Ich bin nicht grundsätzlich gegens Impfen. Als Schüler wurde ich geimpft, und das war's. Schlimme Krankheiten sind weltweit durch Impfungen ausgerottet worden. Aber ich bin skeptisch, ob das jetzt mit den neuen Impfstoffen aus Deutschland und den USA der Weisheit letzter Schluss ist. Ich

bin 60, auch wenn man es mir nicht ansieht, und ich hatte vor vier Jahren einen schweren Herzinfarkt. Und ich hänge am Leben, an meiner Familie, an meiner Arbeit. Geh ich da einfach so hin, wenn es losgeht mit den Massenimpfungen? Ohne zu wissen, ob es Nebenwirkungen gibt und wie schwer die dann werden? Nach dem kölschen Motto „Et hät noch imma jot jejang...“? Stand heute Abend bei mir: eher erstmal nicht.

Die Corona-Krise hat sich verständlicherweise auch auf die Spendenbereitschaft im Land ausgewirkt – negativ. Das verstehe ich, und wenn Sie mit jedem Euro rechnen müssen, dann konzentrieren Sie sich darauf, die wirklich wichtigen Dinge am Laufen zu halten. Wenn Sie aber zu denen gehören, die gut durch diese Monate gekommen sind, und die beachtliche Rücklagen haben, dann denken Sie daran: In diesen Zeiten sind auch unabhängige Medien ein Wert, den es zu erhalten gilt, wenn wir unser Land zurückhaben wollen. Zum Beispiel mit einer Spende über PAYPAL [hier](#) oder auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse: DE18 1005 0000 6015 8528 18. Vielen Dank!

Giffey's Schlag ins Gesicht von Unternehmern und Freiberuflern

„Hilfen müssen auch an Maßnahmen zur Geschlechtergerechtigkeit geknüpft werden. Wer Geld vom Staat bekommt, sollte im Gegenzug etwas dafür tun, die Lohnlücke zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu reduzieren, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken oder Frauen in Führungspositionen zu bringen. Wenn ein Unternehmen dafür nichts tun will, dann müssen wir eben sagen: So geht das nicht, dafür gibt es keine Staatshilfe.“

Wenn man sich dieses aktuelle Zitat von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) in Ruhe durch den Kopf gehen lässt, muss man allen Ernstes gleich auch die Frage aufwerfen, was eigentlich die Qualifikation für solche Leute ist, unserer Bundesregierung anzugehören.

In der Corona-Krise hat die Regierung – Bundes- wie Landesregierungen – einen Lockdown durchgesetzt, der die deutsche Wirtschaft weitgehend an die Wand gefahren hat. Vielleicht war das unvermeidlich, kann sein, wenn das Virus so aggressiv ist, wie behauptet wird. Aber dann muss auch JEDES UNTERNEHMEN, das notleidend ist, staatliche Hilfe bekommen, einfach weil es in Not ist.

Was diese kaum noch zu ertragende Ministerin da sagt, ist etwa so, als wenn sie fordern würde: Wenn Ihre Wohnung brennt, rückt die Feuerwehr nur aus, wenn jeder Löschzug aus drei Männern, drei Frauen und einem Transgender besteht. Oder Sie werden zukünftig im Krankenhaus bei einem Notfall nur behandelt, wenn die Klinikleitung vorher sicherstellt, dass die medizinische Behandlung von einer Lesbe mit Migrationshintergrund übernommen wird.

Unser Land hat wirklich ernste Probleme, derzeit größere als sowieso schon. Aber diese linksgrünen Spinnereien sind ein Schlag ins Gesicht all der Unternehmer und Freiberufler, die für sich und ihre Angestellten ums nackte Überleben kämpfen.

In Zeiten des medialen Mainstreams sind freie, unabhängige und seriöse Medien extrem wichtig für

unsere offene Gesellschaft. Gemeinsam mit vielen anderen bürgerlich-konservativen Internet-Journalisten bemühe ich mich hier auf denken-erwünscht darum, auch anderen Blickwinkeln eine Öffentlichkeit zu verschaffen. Das ist nur möglich, wenn die Freunde der Meinungsfreiheit unsere Arbeit auch finanziell unterstützen. Wenn Sie dazu in der Lage und willens sind, freue ich mich über jede Hilfe zum Beispiel über PAYPAL [hier](#)

Covid-19 und unsere quälende Ungewissheit

Die Ungewissheit ist im Moment das größte Problem. Das Nicht-Wissen, wie gefährlich der Covid-19 denn nun tatsächlich ist.

Wenn die Regierenden uns sagen und glaubhaft belegen würden: Jeder Dritte von Euch wird in den nächsten Monaten sterben, dann wüssten wir, woran wir sind. Wir könnten selbst mit so einer furchtbaren Nachricht umgehen. Wir könnten alles regeln, Abschied nehmen von unseren Kindern, festlegen, wer was erbt, und wen man auf der eigenen Beerdigung auf keinen Fall „sehen“ will. Doch im Grunde wissen wir nichts.

Das soziale Leben in Deutschland ist auf ein Minimum heruntergefahren. Bundestag und Bundesrat haben dreistellige Milliarden-Rettungsschirme bereitgestellt, die Mienen der Verantwortlichen in Bund und Ländern sind ernst in diesen Tagen. Das würden sie nicht tun, wenn sie nicht überzeugt wären, dass die Lage für unsere Gesundheit dramatisch ist. Und entgegen der Meinung mancher Bürger denke ich nicht, dass die Leute vom Robert-Koch-Institut (RKI) und all die Fachleute in den Ministerien komplette Idioten sind. Ich will das gar nicht denken.

Gerade habe ich neue Nachrichten von einer Primärquelle aus dem Mailänder Universitätsklinikum erhalten. Dort soll sich die ohnehin ernste Lage deutlich verschlimmert haben, heißt zahlreiche neue Patienten, sehr kurze Inkubationszeit, Patienten in schlimmsten Zuständen mit Lungenembolien und -thrombosen, Schlaganfällen und Nierenversagen. Kaum aufgenommen, schon verstorben.

Auf der anderen Seite werde ich mit WhatsApp-Videos und Mails überschwemmt, in denen ernstzunehmende Mediziner und Wissenschaftler ruhig und überzeugend darstellen, dass kein Ausnahmezustand nötig ist, weil wir im Grunde nichts Besonderes erleben, sondern eine Influenza, wie es sie immer mal gibt. Zu Hause bleiben, einmal die Stunde die Hände mit Seife waschen, Vitamin C einnehmen – 3 Gramm pro Tag, wie mir heute eine befreundete Expertin eindringlich ans Herz legte – und gut ist.

Vielleicht werden wir im Juli Gartenfeste feiern, uns umarmen und Küsschen geben, und uns darüber lustig machen, wie panisch viele Menschen in diesen Tagen und Wochen reagiert haben. Und dass es gar nicht so schlimm gekommen ist, wie all die Hysteriker dachten. Aber vielleicht werden wir auch 10.000

Tote oder mehr in Deutschland zu beklagen haben, keineswegs nur Alte und gesundheitlich vorbelastete Opfer.

Es ist diese Unsicherheit, die einen verrückt macht. Wir wollen, dass es glimpflich abläuft. Aber wir haben die Bilder aus Krankenhäusern in China, dem Iran und Italien gesehen. Oder aus New York, derzeit das Zentrum der Pandemie überhaupt.

In Zeiten der Unsicherheit über eine möglicherweise lebensbedrohende Pandemie schlägt auch die Stunde der Verschwörungstheoretiker. Anfang der Woche schrieb mir am späten Abend eine Bundestagsabgeordnete, eine von den Guten, für die ich jederzeit in den Krieg ziehen würde. Sie machte mich darauf aufmerksam, wie wundersam sich China gerade erholt. Die Börse in Peking endete an dem Tag mit einem Plus von 0,3 Punkten, während in London und New York (-26), São Paulo (-24) und Tokyo (-17) zeitweise Land unter auf dem Parkett herrschte.

Hat China in seinem Weltmachtstreben die Chance genutzt und kauft sich nun in großem Stil für vergleichsweise wenig Geld massiv in westliche Konzerne ein, wie die Abgeordnete vermutet? Oder spielt China bewusst mit dem Feuer, gedemütigt im Handelskrieg von den USA jetzt mit einem viralen Angriff auf den Westen, um den wirtschaftlichen Riesen dort einen schweren Schlag zu versetzen? Nein, ich will so etwas nicht glauben. So etwas würde China niemals wagen, sagt mein Gehirn. Es wäre ein Kriegsgrund, wenn Covid-19 gezüchtet und bewusst auf die Menschheit losgelassen worden wäre. Nein, das ist unvorstellbar, denke ich und gehe schlafen.

Am nächsten Morgen lese ich, dass die Bundesregierung Maßnahmen ergreift, um „ausländische Investoren“ daran zu hindern, sich in deutsche Konzerne einzukaufen. Eine Milliarden-Hilfspaket soll beschlossen werden, um deutsche Unternehmen vor „unliebsamen Überraschungen“ zu bewahren, sagt Finanzminister Olaf Scholz (SPD). Und Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) setzt nach: „Wir haben nicht nur einen viralen Angriff. Wir können auch einen Wirtschaftsangriff danach erleben.“ Ja, von wem denn? Nairobi? Belgien?

Es macht einen verrückt, wenn man dieser Tage die Nachrichtenlage intensiv verfolgt. Alles hängt mit allem zusammen - mein Lebensmotto seit langer Zeit. Alles ist möglich, und keiner von uns kann durchschauen, was gerade wirklich passiert.

Liebe Leserinnen und Leser,

anders als bei vielen anderen Blogs, sind meine und unsere Texte hier auf denken-erwuenscht für jedermann frei verfügbar. Das ist gut so und gewollt. Aber in der Krise sinken auch unsere Einnahmen spürbar. Jeder hat Verständnis, wenn Sie alle erst einmal selbst sehen, wie sie mit dem Leben ihrer Familien und Ihrer Unternehmen in Zeiten von Corona klarkommen. Wenn es Ihnen möglich ist, die Arbeit freier Medien wie dieses auch jetzt zu unterstützen, würden wir uns über Spenden freuen - auf [PAYPAL hier](#)

Wenn Trump „Amerika zuerst!“ aufruft, dann bringt uns das erst richtig in Form

Lehnen wir uns mal einen Moment zurück und schließen die Augen! Lassen wir alles bei Seite: die Polterei des neuen Präsidenten Trump gegen die Medien, den peinlichen ersten Auftritt des White House-Sprechers und das Gezanke über die Teilnehmerzahlen der Amtseinführung. Lassen Sie uns mal einen kleinen Augenblick wieder über Politik nachdenken.

Donald Trump hat klare Ansagen gemacht: Amerika zuerst! Wer sein Unternehmen außer Land verlegt und Arbeitsplätze in den USA abbaut, muss künftig mit schmerzhaften Strafzöllen rechnen, wenn er in den Vereinigten Staaten seine Produkte verkaufen will. Das sind ungewohnte Töne in Zeiten von Globalisierung und offenen Grenzen. Aber ist es deshalb falsch? Nur weil wir es nicht mehr gewohnt sind? Weil Trump eine deutlich andere Sprache spricht, als die US-Präsidenten vor ihm?

Amerika zuerst! Das ist nicht nur eine Drohung für Europa und damit auch für Deutschland. Das ist das Denken eines Unternehmers. Und so etwas ist erst einmal nicht schlecht, zumindest für seine eigenen Leute, seine Wähler.

Statt zu Jammern und Wehzuklagen kann Trumps Vorgehen auch ein Weckruf sein für uns im alten und im neuen Europa. Er hat doch recht, wenn er uns als träge und wenig innovativ ansieht. Klar bauen Deutsche immer noch die besten Autos der Welt, sind globale Marktführer in vielen Nischenbereichen. Aber Innovation, Kreativität? Da spielt die Musik immer noch deutlich und wachsend zuerst in Kalifornien und nicht auf unserem Kontinent.

Wir sollten die Herausforderung annehmen. Wenn der neue US-Präsident erst einmal nur an sein Land denken will, dann ist das eine Chance für uns. Europa und seine souveränen Staaten können auch was, wir müssen uns nur auf die eigene Kraft besinnen. Zu lange haben wir es uns gemütlich eingerichtet, übrigens auch bei der Verteidigung. Warum müssen 300 Millionen Amerikaner 500 Millionen Europäer schützen - vor wem auch immer? Warum kümmern wir uns nicht selbst darum, dass unsere Armeen wieder leistungsfähiger werden? Dass wir Marine-Hubschrauber produzieren, die auch über großen Wasserflächen noch funktionieren...

Donald Trump ist eine Herausforderung vor allem für die Staaten Europas. Vielleicht kitzelt er uns bewusst, provoziert und fordert uns heraus, um unsere eigene Leistungsfähigkeit neu zu wecken.